

H. S. 17.2 Burundi
Sp. 17.2 Rwanda

p.B.73.Rwanda.O. - GB/1f

Bern, den 18. März 1969

Politische Lage in Rwanda

Um die politische Lage in Rwanda heute beurteilen zu können, muss man etwas in die Zeit vor der Unabhängigkeit dieses Staates zurückgreifen und die Zusammenhänge der Länder Rwanda und Burundi mitberücksichtigen.

Zu den ursprünglichen Bahutu (Bantu-Stamm) gesellen sich im 16. Jahrhundert die aus Vorderasien kommenden Batutsi (Hamitenvolk), und diese Einwanderer bildeten in Burundi und Rwanda je einen Königs-Klan. Diese Feudalregime der Batutsi - eine 15 %-ige Minderheit - nahmen in der Folge die politischen und sozialen Rechte in diesen Ländern für sich in Anspruch.

Sowohl die UNO, wie auch die Treuhandschafsmacht Belgien hegten den Wunsch, die beiden Länder als einheitlichen Staat in die Unabhängigkeit (1. Juli 1962) zu führen. Dies umsomehr, als diese bereits eine Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit bildeten. Unter Führung des heutigen Präsidenten Kayibanda und mit belgischer Unterstützung wurde jedoch wenige Monate vor dem Ende der Treuhandschaft der König in Rwanda abgesetzt. Mehr als die Hälfte der Batutsi verliess nach blutigen Wirren das Land und zog nach Burundi. Die Kettenreaktion im benachbarten Burundi blieb aus, obwohl Kayibanda auch unter der dortigen Hutu-Bevölkerung gewisse Sympathien genoss. Als Rwandese konnte er aber nicht ihr politischer Führer sein. So entstand auf der einen Seite eine Republik und auf der andern Seite regierte nach wie vor der Unabhängigkeit ein König.

Die verbliebene Feudal-Monarchie in Burundi machte sich die rund 40'000 Batutsi-Flüchtlinge zu Nutzen, bildete damit eine rwandefeindliche Armee und auch eine zusätzliche Polizei-Einheit zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Innern des Landes. Während sich Rwanda festigte, ging Burundi durch verschiedene Krisen und wurde dann am 28. November 1966 ebenfalls eine Republik.

Die Republik Rwanda musste sich zweimal gegen die Invasion der Batutsi aus Burundi zur Wehr setzen. Das erste Mal um die Jahreswende 1963/64, als eine Armee auf Befehl des Monarchen nach Norden vorrückte und dann nochmals im Jahre 1966, als bewaffnete Batutsi-Horden, die eigenmächtig und mit Unterstützung von Rot-China, in die südlichen Grenzgebiete von Rwanda eindringen konnten. Beide Male siegte die Rwanda-Armee. Ihrer Minderheit bewusst und von den nun in beiden Ländern regierenden Bantus bedrängt flüchteten viele Batutsi in die Nachbarländer Kongo, Uganda und Tanganyika.

Ob sich die beiden Republiken wieder zur friedlichen Zusammenarbeit finden werden, wird die Zukunft erst zeigen! Neue Perspektiven könnte ihr künftiges Verhältnis zu Ostafrika zeitigen. Burundi hat um Verhandlungen mit der "East African Community" bereits nachgesucht, während Rwanda noch sondiert.

In Rwanda trachtet Kayibanda innenpolitisch nach einem Ausgleich zwischen den verschiedenen Regionalgruppierungen. Wenn der Präsident deswegen auch ununterbrochen um seine Position kämpfen muss, so ist sie doch solider als in manchen andern Staaten, wo autoritäre Machtmittel scheinbare Stabilität vortäuschen. Man darf nie übersehen, dass auch in Rwanda demokratische Traditionen noch von der Stammeszeit her lebendig sind, und Kayibanda wohl nur dann weichen müsste, wenn Not und Korruption das Vertrauen des Volkes in seine politische Führung erschüttern würde. Der Präsident kämpft gegen diese Uebel und ist dankbar, für jede Hilfe, die er für sein Land von aussen erhalten kann.

Kayibandas Revolutionsgegner waren Vertraute von Lumumba und Nkrumah. In Kigali residiert ein Botschafter von Formosa und in New York hat der Vertreter von Rwanda gegen die

- 3 -

Aufnahme von Rot-China gestimmt. Eine kommunistische Infiltration wurde bis heute erfolgreich abgewehrt und Rwanda nimmt ostentativ nur Hilfe aus dem Westen entgegen, hauptsächlich aus Belgien.

Der Grund für die Feindseligkeit zwischen den Bahutu und den Batutsi in Rwanda ist hauptsächlich darin zu suchen, dass sich letztere lange Zeit als Herrschervolk aufspielten und die Stammesbevölkerung skrupellos unterdrückten. Für diese Allüren müssen nun die Batutsi ihr Leid tragen und anderswo Zuflucht suchen. In Erkenntnis dieser Sachlage befasst sich bekanntlich schon seit einigen Jahren das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge für diese Batutsi und hat mit den Nachbarländern Uganda und Tanganyika durch Verhandlungen und Finanzierung eine möglichst dezentralisierte Ansiedlung dieser Flüchtlinge sichergestellt.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass dem kleinen, aber dicht bevölkerten Staat Rwanda die politische Stabilität nicht abgesprochen werden kann. Dies wenigstens solange nicht, als der fähige Präsident Kayibanda das Staatsruder fest in seiner Hand behält.